

## Redaktioneller Teil.

(Nr. 187.)

### Bekanntmachung.

Der Bund angestellter Chemiker und Ingenieure in Berlin versucht, mit Buchhandlungen sogenannte Vergünstigungsverträge abzuschließen, durch die den Mitgliedern des Bundes bei ihren Einkäufen Preisnachlässe vom regulären Ladenpreis gesichert werden sollen.

Dieser Vorfall gibt uns Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß im Buchhandel die Einräumung von Sondervergünstigungen für Mitglieder von Vereinen unzulässig ist. Der Abschluß von Vereinbarungen, die die Gewährung von Rabatt an die Vereinsmitglieder bezwecken, verstößt gegen die §§ 5 und 8 der Verkaufsordnung für den Verkehr des Deutschen Buchhandels mit dem Publikum.

Leipzig, den 8. Dezember 1924.

Geschäftsstelle des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig.

Dr. H e ß, Syndikus.

### Zur Wirtschaftslage.

Von Dr. G. Menz.

In ihrer gemeinsamen Hauptauschuß-Sitzung vom 12. November haben der Reichsverband der Deutschen Industrie und die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände nachstehende Kundgebung beschlossen:

»Zu einer richtigen Beurteilung der gegenwärtigen Wirtschaftslage kommt man nur dann, wenn man sich immer wieder vergegenwärtigt, daß Deutschland durch die Kriegs- und Nachkriegszeit, durch die Erschöpfung aller Kräfte in der Verteidigung des Vaterlandes, durch die Maßnahmen übermächtiger Sieger sowie durch den Zerfall seiner Währung ein verarmtes Land geworden ist. 1½ Millionen kräftigster Männer hat der Krieg dahingerafft, 15% unserer Getreide- und Kartoffelerzeugung sind uns genommen, Industriegebiete, deren Besitz für Deutschlands wirtschaftliche Bedeutung von besonderer Wichtigkeit waren, sind verloren. Das Volkvermögen und das Volkseinkommen sind halbiert. Das Sparkapital ist verschwunden. An Stelle von Auslandsguthaben ist eine immer wachsende Verschuldung an das Ausland getreten, gleichzeitig mit der Verpflichtung, dem ausländischen Gläubiger jährlich in die Milliarden gehende Zahlungen zu leisten.

Dies sind die Ursachen der gegenwärtigen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Not des deutschen Volkes, dies die Gründe für den Druck auf unsere Lebenshaltung.

Diese Ursachen werden vermehrt durch eine fortschreitende Wirtschaftskrisis als Folge falscher Innenpolitik.

Eine fehlerhafte Steuergesetzgebung, eine alle Kreise der Bevölkerung schwer belastende Höhe der Verkehrstarife unterbindet den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und verhindert eine merkbare Senkung des heute zum Teil noch über den Weltmarktpreisen liegenden Standes unserer Warenpreise.

Es ist deshalb zunächst festzustellen, daß die jetzt veröffentlichten Steuererminderungen die im Reichsverband der Deutschen Industrie zusammengefaßten weiten Kreise der Wirtschaft tief enttäuscht haben. Die Industrie erwartet eine viel umfangreichere Steuerreform. Die Steuererlässe müssen der Lage der Wirtschaft entsprechend viel mehr ermäßigt, die Steuergesetze und die Finanzverwaltung wesentlich vereinfacht werden. Die »brutalen« Steuererhöhungen vom Dezember 1923 müssen baldigst beseitigt werden. Im einzelnen wird folgendes verlangt:

»Die Umsatzsteuer muß noch viel mehr ermäßigt, der Export viel mehr begünstigt werden. Die Luxussteuer und ähnliche Steuerarten wie z. B. die Anzeigensteuer und dergleichen müssen noch viel weiter abgebaut werden.

Die Einkommen- und Körperschaftsteuer muß nach Ablauf des Jahres 1924 richtig veranlagt werden. Im Jahre 1925 dürfen die Vorauszahlungen nicht mehr in der bisherigen Art erhoben werden. Die Vermögenssteuer muß nach ganz anderen Bewertungsgrundsätzen gestaltet werden.

Die Gemeindegewerbesteuern sind unter allen Umständen zu ermäßigen.

Der Finanzausgleich zwischen Reich, Staaten und Gemeinden bedarf einer gründlichen Änderung. Jede Theaurierungspolitik muß dabei unterbunden werden.

Bei den Eisenbahngütertarifen ist eine alsbaldige weitere Ermäßigung um mindestens 15% dringend erforderlich. Die derzeitige Tariflage ist für die Wirtschaft auf die Dauer untragbar. Von besonderer Bedeutung ist, daß hierbei auch die Ausnahmetarife in gleichem Maße unter Nachholung bisheriger Unterlassungen mit berücksichtigt werden und daß das Verhältnis der einzelnen Tarifklassen untereinander und zu den Stückgutklassen dem der Vorkriegszeit wieder angenähert wird. Auch hier wäre es verfehlt, aus der kapitalarmen deutschen Wirtschaft durch das Monopol, das die Reichsbahngesellschaft besitzt, Kapital herauszupressen und durch eine vorübergehende Überschusswirtschaft falsche Anschauungen im In- und Auslande zu erwecken.

Die Erfüllung dieser Forderungen ist eine der ersten Voraussetzungen für die Preissenkung. Die deutsche Industrie stimmt mit der Regierung durchaus überein, daß ein Preisabbau notwendig und durch eine Verbilligung von Produktion und Verteilung vor allem der Export zu fördern ist. Nichts aber wäre verhängnisvoller, als das deutsche Volk gerade in der gegenwärtigen Stunde über die wahren Ursachen der Preisbewegung zu täuschen und den Anschein zu erwecken, als könne mit unzulänglichen Mitteln die Lage der gesamten Wirtschaft und damit auch der deutschen Arbeiterschaft erleichtert werden. Dabei erkennt die deutsche Unternehmerschaft es durchaus als die Pflicht aller an Produktion und Verteilung beteiligten Kreise an, die an sich so notwendig und mit allen geeigneten Mitteln zu fördernde Neubildung des Betriebskapitals nicht etwa auf dem wirtschaftlich falschen Weg eines starren Festhaltens des derzeitigen Preisstandes zu versuchen.

Aber auch bei schnellen und weitgehenden Maßnahmen auf den erwähnten Gebieten würde ein Versuch, die Preise herabzusetzen, ergebnislos bleiben müssen, wenn auf der anderen Seite durch eine schematische Verkürzung der Arbeitszeit oder durch ein die Notwendigkeiten der deutschen Wirtschaft verkennendes Hinaustreiben der Löhne die Produktion verteuert würde. Alle bei der Produktion mitwirkenden Kräfte müssen fest entschlossen sein zur höchsten technischen und persönlichen Mehrleistung. Die Herbeiführung erträglicher Preisverhältnisse sowie die Erfüllung der von Deutschland übernommenen Verpflichtungen wären bestimmt unmöglich, wenn die Arbeitsleistung des deutschen Volkes hinter der der Vorkriegszeit zurückbleibt. Deshalb kann auch internationalen Bindungen nicht zugestimmt werden, wenn dadurch die Beibehaltung der Vorkriegsarbeitszeit unmöglich gemacht und obendrein eine internationale Kontrolle der deutschen Arbeitsverhältnisse zugelassen würde.

Wenn sich Unternehmer und Arbeiter, Regierung und Volk in diesem Gedanken zusammensinden, dann wird sich auch eine befriedigende Lösung der Lohnfrage erreichen lassen. Die deutschen Unternehmer lehnen den Vorwurf ab, daß sie eine kurzfristige Politik des Lohnbruchs treiben wollen. Bei den derzeitigen Wirtschafts- und Währungsverhältnissen und bei der Preislage auf dem Auslands- und Inlandsmarkt ist eine Erhöhung des Reallohnes ohne schwere Schädigung der Arbeiterschaft nur durch eine Verbilligung der übrigen Produktionskosten zu erreichen. Wenn die deutsche Industrie deshalb an dieser Stelle immer wieder die Forderungen nach anderer Ausgestaltung unseres Steuerwesens und unserer Verkehrstarife aufstellt, so treibt sie damit gleichzeitig die allein wirksame Lohnpolitik für ihre Arbeiter. Denn ein Sinken der Preise als Erfolg dieser Politik bedeutet automatisch eine Erhöhung der Reallohne. Ein Hinaustreiben des Lohnniveaus dagegen würde mit weiterer Verteuerung der deutschen Produktion die Wirtschaftskrisis nur verschärfen.